

Einführung der Gemeinschaftsschule in Schleswig-Holstein

Cornelia Östreich

interviewt

Ute Erdsiek-Rave

Die Bildungsministerin in Schleswig-Holstein 1998-2009 (SPD) beschreibt im schriftlichen Interview die politischen Hintergründe für die landesweite Einführung der Gemeinschaftsschule ab 2007.

Frau Erdsiek-Rave: Was waren die Schwerpunkte Ihrer ersten Amtszeit als Bildungsministerin in Schleswig-Holstein? Hätten Sie 1998 bereits gehnt, dass es Ihnen innerhalb der folgenden zehn Jahre gelingen würde, das Bildungssystem des Landes so gründlich umzukrempeln, dass heute (2023) die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen in der Sekundarstufe eine Gemeinschaftsschule besucht?

Mein Wechsel aus dem Fraktionsvorsitz in das Kultusministerium 1998 war Bestandteil einer Kabinettsumbildung zur Halbzeit. Die Erwartungen an mich waren hoch: Es sollte nach dem Streit um den Beamtenstatus, um die Rechtschreibreform, um die sog. Vorgriffsstunde und die üblichen wohlbekanntem Forderungen nach mehr Stellen, kleineren Klassen, weniger Belastungen endlich etwas Ruhe in die Bildungslandschaft kommen. Es galt und gilt ja immer noch das alte Motto, dass man mit Bildungspolitik keine Wahlen gewinnen, wohl aber verlieren kann. In dieser Situation über Strukturveränderungen im System auch nur öffentlich nachzudenken, verbot sich von allein. Mein eigener bildungspolitischer Kompass aber war und ist ausgerichtet auf Gleichheit, Gerechtigkeit, auf gleiche Chancen von Anfang an.

Können Sie die Hintergründe dafür erläutern?

Meine Erfahrungen als Lehrerin an einer Hauptschule, meine Jahre in Schweden hatten mich nachhaltig geprägt.

Aber ebenso nachdrücklich waren die Erfahrungen in den erbitterten schulpolitischen Debatten im dann folgenden Landtagswahlkampf. Die SPD hatte in ihrem Wahlprogramm das langfristige Ziel einer Schule für Alle benannt. Bei der Opposition hieß das „Einheitsschule“. Aber dieses Gespenst tat nicht seine erhoffte Wirkung, die SPD blieb Regierungspartei.

Nun hatten Sie eine längere Perspektive für Ihre bildungspolitischen Ziele. Aber das schleswig-holsteinische Schulsystem war ja zu der Zeit vom gemeinsamen Lernen noch ziemlich weit entfernt. Gesamtschulen gab es nur am Hamburger Rand und in einigen größeren Städten.

Mir war damals klar, dass wir die Veränderung der Schulstruktur langfristig vorbereiten, sorgfältig mit Fakten unterfüttern und so etwas wie einen gesellschaftlichen Lernprozess organisieren mussten. Uns kam zu Hilfe, dass die Drei- oder besser Viergliedrigkeit des Schulsystems schon damals nur noch eine Fiktion war. Wir hatten längst begonnen, die Förderschulen in das allgemeine System zu integrieren und zugleich war die Hauptschule trotz aller Versuche, sie zu „stärken“, nicht mehr nachgefragt und befand sich fast schon in der Selbstauflösung. Bei meinen Schulbesuchen wurde immer klarer: Diese Schulform hatte sich nicht nur überlebt, sondern bot auch keine Rahmenbedingungen mehr für Lernmotivation und Lernerfolge.

Dann – 2001 – kam PISA. Aber strukturelle Veränderungen wurden, wenn ich mich recht erinnere, nicht sofort angepackt.

Und dann kam PISA. Wir alle kennen die Debatten und Erwartungen an die Schulpolitik, die darauf folgten. Das Zauberwort hieß individuelle Förderung, hieß Schulentwicklung usw. usw. Auf die Schulstruktur komme es nicht an, so das Mantra auch von so manchem Bildungsforscher. Auch innerhalb der SPD bundesweit, auch unter den Bildungsminister*innen gab es keine Einigkeit. Die Befürchtung war groß, dies könne eine Debatte werden, die wir nicht gewinnen können und die alle behutsamen Veränderungen stören würde. Zum Glück war die SPD in Schleswig-Holstein nicht so hasenfüßig und konservativ.

Wie gelang dann die notwendige politische Überzeugungsarbeit?

Wir hatten ein Gutachten zur demographischen Entwicklung innerhalb der bestehenden Strukturen in Auftrag gegeben, das klar zeigte: Das System hat keine Zukunft, Standorte können nicht gesichert werden, insbesondere natürlich bei den Hauptschulen. Das Gutachten brachte erstmals den Begriff der „Gemeinschaftsschule“ in die öffentliche Diskussion. Es wurde über Zahlen und Fakten und Lösungswege debattiert und weniger über die ideologische Phrase der „Einheitsschule“.

Der mögliche Weg wurde im folgenden Wahlprogramm beschrieben als ein Weg „von unten“ – die Schulträger sollten entscheiden. Dennoch wurde die neue „Gemeinschaftsschule“, das längere gemeinsa-

me Lernen, im Wahlkampf insbesondere von der CDU, dem Philosophenverband und dem VdR erbittert bekämpft. Damals wie heute mit den immer gleichen Argumenten, hinter denen die Verteidigung von Privilegien und der tief sitzende Glaube an das Prinzip des Sortierens und Aussonderns steckten.

Warum hielt die CDU nicht an ihrer Ablehnung fest? Sie war doch die dominante Partei in der Großen Koalition, die nach der gescheiterten Wiederwahl von Heide Simonis im Landtag 2005 eingegangen werden musste.

In den Verhandlungen zum Koalitionsvertrag mit der CDU hatte die Verankerung der Gemeinschaftsschule absolute Priorität. Am Schluss hing das Zustandekommen einer Großen Koalition an diesem seidenen Faden und die CDU gab nach. Mit Sicherheit hat sie den dann folgenden, dynamischen Prozess nicht vorausgesehen.

Das wirkt paradox ...

Es mag absurd klingen, aber im Nachhinein ist mir klar: Die Große Koalition und die große Mehrheit für das neue Schulgesetz haben die Entwicklung stark erleichtert und die Akzeptanz dieser großen Strukturveränderung hergestellt.

Etliche CDU-geführte Kommunen entschieden sich sehr schnell für die Umwandlung ihrer Schulen in eine gemeinsame Schule. Manchen dauerte es sogar zu lange, bis das Gesetz endlich in Kraft trat. Eltern forderten es ein – und für die Schulträger war es schlicht attraktiv, ein Schulangebot mit allen Abschlüssen auch an kleineren Standorten zu erhalten oder

auch parallel zum (damaligen) G8-Gymnasium den längeren Weg zum Abitur anzubieten.

Weniger Ideologie, mehr Pragmatismus, so konnte man die Haltung auf der kommunalen Ebene beschreiben. Das gefiel beileibe nicht allen Landespolitikern, denn es war klar: Gemeinsames Lernen war in Schleswig-Holstein das Markenzeichen sozialdemokratischer Bildungspolitik.

Es gab ja noch das Konstrukt der Regionalschule aus getrenntem Haupt- und Realschulzweig mit gemeinsamer Orientierungsstufe; allerdings nur für kurze Zeit.

Die Regionalschule parallel als Option im Schulgesetz zu verankern – das war natürlich ein Zugeständnis an unseren Regierungspartner. Es zeigte sich schnell, dass diese Option nicht den Vorstellungen und Wünschen von Eltern und Schulträgern entsprach. Da wo sie gewünscht war, wurde sie eingeführt – inzwischen ist das Geschichte.

Eine rasante Entwicklung: 2005 Koalitionsvertrag – 2006 neues Schulgesetz – umgesetzt mit dem Schuljahr 2007/08. Aber auch allgemein akzeptiert?

Die politische Ebene, das Verhandeln und Durchsetzen war das Eine. Mindestens genauso wichtig war die Unterstützung der Schulen, die Beratung und Fortbildung der ersten Schulen, die diese Pionierarbeit leisten sollten und dies keineswegs immer auch wollten. Anders als bei der Gründung von Gesamtschulen mussten die Gemeinschaftsschulen sich aus dem Vorhandenen entwickeln, dem vorhandenen Personal mit

seinen Erwartungen, seiner Skepsis auch, den Gebäuden, den knappen finanziellen Möglichkeiten. Insbesondere dort, wo starke und auch nachgefragte Realschulen betroffen waren, gab es Konflikte und auch Widerstand. Ich erinnere mich an einen Jahreskongress des VdR, bei dem ich minutenlang ausgebuht wurde und man mich nicht zu Wort kommen ließ. Es hat einige Jahre gedauert, bis endgültig klar war, dass die Regionalschule keine zukunftsfähige Schulform war. Von da ab war das Schulsystem in Schleswig-Holstein zweigliedrig.

Hätte es auch die Möglichkeit gegeben, die Gymnasien in den Umgestaltungsprozess mit einzubeziehen – über die Zweigliedrigkeit hinauszugehen?

In diesen Prozess konnten sogar ausdrücklich auch die Gymnasien einbezogen werden, das Schulgesetz schloss diese Möglichkeit ein. Allerdings wurde einzig auf Fehmarn mit seiner besonderen Lage eine Gemeinschaftsschule gegründet, in der das dortige „Inselgymnasium“ aufging. Das erfuhr natürlich große, sogar bundesweite Aufmerksamkeit – blieb aber die Ausnahme.

Kann man sagen, dass die schleswig-holsteinische Entwicklung zur Zweigliedrigkeit modellhaften Charakter hatte? Wo gab es damals besondere Herausforderungen?

Viele Bundesländer nördlich der Mainlinie sind inzwischen einen ähnlichen Weg gegangen. Für die bestehenden – wenigen – Gesamtschulen in Schleswig-Holstein war es schwer

zu akzeptieren, dass sie einen neuen Namen und auch einige neue Regeln bekamen. Sie waren die Pioniere, hatten viel Erfahrung gesammelt und konnten in vielerlei Hinsicht als Vorbilder dienen. Sie sind nach wie vor sehr erfolgreiche, oft preisgekrönte Schulen, die stolz auf ihre Entwicklung sein können.

Ein Endpunkt?

Nach wie vor sind in Deutschland die Bildungschancen ungleich verteilt. Der Schulerfolg hängt stark von der sozialen und ethnischen Herkunft ab. Das ist nicht nur beschämend und ungerecht, es ist auch ökonomisch fatal, weil wir jede Begabung in Zukunft brauchen werden. Ein durchlässiges, förderndes System ist nicht der einzige, aber einer der wichtigsten Lösungswege, um aus diesem so hartnäckigen Dilemma herauszukommen. Davon bin ich überzeugt.

Wie beurteilen Sie die derzeitigen Aussichten dafür?

Ob aus dem zweigliedrigen irgendwann ein Schulsystem erwächst, das inklusiv in jeder Hinsicht ist, in dem es keine Sonderwege mehr gibt?

Dazu braucht es gesellschaftliche Debatten, politische Anstöße und Mut. Das alles ist derzeit nicht in Sicht. Die Diskussionen kreisen um Digitalisierung, um Ausstattung und Geld, gewiss auch um die Förderung der Benachteiligten.

Die große Aufgabe Inklusion ist in den Hintergrund geraten und wird als Problemthema empfunden. Schleswig-Holstein ist zum Glück und dank einer langjährigen inklusiven Entwick-

lung hier sehr viel weiter als die meisten Bundesländer.

Ich hoffe, dass diese Entwicklung weitergehen wird, dass auch die privilegierten Bildungsteilnehmer sich sorgen werden um sozialen Sprengstoff und um die ökonomische Zukunft, wenn sich nichts ändert. Das gilt für die Schulstruktur einschließlich der Hauptschule und Förderschule da, wo es sie noch gibt. Und es geht um starke Förderung der schwachen und benachteiligten jungen Menschen.

**Frau Erdsiek-Rave,
ich danke für das Gespräch.**